



Gespannte Aufmerksamkeit bei allen Anwesenden der Vertrauensleutevollversammlung.

Gewerkschaftsfunktionäre berieten ihren Beitrag zur Lösung aktueller Probleme

Konstruktiv-kritische Atmosphäre kennzeichnete Vollversammlung

Am 1. November 1989 fand an der TU Karl-Marx-Stadt eine Vertrauensleutevollversammlung statt, an der als Gäste u.a. die stellvertretende Vorsitzende des Bezirksvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft, ein Mitarbeiter der Gewerkschaftszeitung „Tribüne“, der 1. Prorektor, der Sekretär der ZPL und der 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung teilnahmen.

Auf Grund der aktuell-politischen Situation wurde die angekündigte

Frage zu, wie die Arbeit der Universitätsgewerkschaftsorganisation weitergeführt werden soll und erklärte, daß sich die Gewerkschaft an unserer Universität für notwendige Veränderungen einsetzen wird. Deshalb wird die UGL gemeinsam mit den BGL-Vorsitzenden ein Dokument darüber erarbeiten, welche Veränderungen notwendig sind. Es liegen dafür bereits eine Reihe von Vorschlägen vor. Der UGL-Vorsitzende schlug den Vertrauensleuten vor, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die alle eingehenden Vorschläge, Hinweise und Kritiken zusammenfassen und deren Realisierung kontrollieren soll. Außerdem schlug er vor, den Entwurf des Betriebskollektivvertrages in der „UZ“ zu veröffentlichen, um eine breite Diskussion darüber zu ermöglichen.

Bei der Weiterführung des Wettbewerbes sollten alle eingegangenen Verpflichtungen zum XII. Parteitag der SED dahingehend geprüft werden, daß für deren Realisierung keine zusätzlichen Mittel erforderlich sind. Wichtig ist es, alle Arbeitsaufgaben konkret aufzuschlüsseln, damit jeder einzelne genau weiß, was er zu tun hat. Damit ist auch eine bessere Kontrolle möglich.

Der Durchsetzung des Leistungsprinzips dient auch ein konsequenteres Arbeiten mit variablen Lohnanteilen und eine Vergrößerung der möglichen Spannen. Im neuen BKV sollte die unmittelbare Stimulierung der Nachnutzungserlöse festgeschrieben sein.

Der BKV-Teil, der sich der Werterhaltung widmet, sollte erst beschlossen werden, wenn alles bilanziert ist. Alle Probleme, die seitens der Universität nicht geklärt werden können, müssen an den Minister für Hoch- und Fachschulwesen bzw. den Oberbürgermeister der Stadt weitergeleitet werden. Auch vorhandene innere Reserven sind konsequenter aufzudecken.

Die Gewerkschaftsmitglieder müssen künftig besser über Grundsatzzfragen informiert werden.

Der Entwicklung der sozialistischen Demokratie dient auch eine verbesserte Arbeit mit Vorschlägen, Hinweisen und Kritiken.

Abschließend betonte der Redner, daß in der heutigen komplizierten Situation jeder das tun sollte, wofür er zuständig ist, und dafür Verantwortung tragen.

In der nachfolgenden freimütigen und sehr kritischen Diskussion ergriffen 15 Vertrauensleute und Gäste das Wort, manche davon mehrfach.

Breiten Raum in der Diskussion nahm der Verlauf der Sitzung des Bundesvorstandes des FDGB ein. Eindeutig brachten verschiedene Diskussionsredner zum Ausdruck, daß sie Harry Tisch kein Vertrauen mehr entgegenbringen. Einmütigkeit bestand auch darin, daß das Präsidium des Bundesvorstandes in nächster Zeit ausgewechselt werden muß. Pro und Kontra gab es in der Frage, ob nicht auch der gesamte Bundesvorstand zurücktreten soll. Letztendlich einigte man sich darauf, daß der Bundesvorstand nicht aus seiner Verantwortung entlassen werden darf und bis zur Neuwahl auf einem außerordentlichen Kongreß des FDGB im Frühjahr 1990 arbeiten sollte. Diskutiert wurde auch über das Verhältnis von FDGB und SED und die Gestaltung der gesell-

schaftlichen Arbeit in den Massenorganisationen einschließlich der Bezahlung der Funktionäre. Zur Weiterführung des sozialistischen Wettbewerbes gab es mehrfach die Meinung, daß diese Problematik neu durchdacht werden muß einschließlich der Festlegung der Probleme, mit denen sich die Gewerkschaft zukünftig beschäftigen sollte. Angeregt wurde die Entscheidung darüber, ob im kommenden Jahr die Gewerkschaftskollektive den Staatstittel erneut verteidigen sollten oder dies ein Jahr aussetzen ist, um sich einen Standpunkt zu bilden, wie der Titelkampf zukünftig zu führen ist. Auch die Effektivität der gewerkschaftlichen Massenkontrollen stand unter Kritik. Ein weiterer Diskussionspunkt war die Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips an unserer Universität. Es muß genau festgelegt werden, was in die Bewertung einfließen muß. Zu durchdenken ist die Anwendung des leistungsorientierten Gehaltszuschlages. Dieser muß auch

Seit dem 12. Juni 1989 existiert eine Diskussionsgrundlage, die die Basis für eine breite Aussprache in den FDJ-Gruppen zu allen damit im Zusammenhang stehenden Problemen bilden soll. Ziel ist es, die Meinungen und Vorschläge der Studenten bei der Planung des Studienplanes für das Frühjahrssemester 1990 einfließen zu lassen. Der Prorektor mußte jedoch einschätzen, daß bisher so gut wie kein Echo aus den FDJ-Gruppen dazu vorliegt. In der vorliegenden „UZ“ 21/89 veröffentlichten wir deshalb auf Seite 5 die erwähnte Diskussionsgrundlage mit der Bitte, sich schnellstens mit Hinweisen und Vorschlägen an uns oder den Prorektor für Erziehung und Ausbildung zu wenden.

Diskutiert wurde zum Problemkreis Erziehung und Ausbildung, wie die Mitwirkung der FDJ bei Entscheidungsfindungen zu Universitätsproblemen als Interessensvertreter der Studenten zu verbessern ist.

Hinsichtlich der Durchführung des FDJ-Studentensommers wurde darüber informiert, daß ab dem Jahr 1990 unbedingt das Prinzip der Freiwilligkeit zu wahren ist.

Der Prorektor für Naturwissenschaft und Technik erläuterte, daß zukünftig drei Stoffrichtungen in der Forschung durchzusetzen sind. Es geht dabei um weitere inhaltliche Profilierung der Forschung, den weiteren Ausbau der Kooperation mit der Industrie und die Fortführung der Ökonomisierung der Forschung.

Die weitere Profilierung der Forschungsarbeit muß damit verbunden sein, genau zu prüfen, wo wirkliche Spitzenleistungen zu erwarten sind.

Gute Ergebnisse liegen bei der Kooperation der Universität mit den Kombinat der Industrie zur Erfüllung von Forschungsaufgaben vor. Genau umgekehrt ist die Sachlage bei der Zusammenarbeit mit kleineren Betrieben des Territoriums. Hierfür sind neue Ideen gefragt.

Heftig diskutiert wurden an der Universität vorhandene Privilegien. Dieses Problem wurde nicht ausdiskutiert, es muß in Zukunft geklärt werden.

Zum Abschluß der Diskussion wurde über zwei Beschlüsse abgestimmt. Der Beschluß zur Bildung einer Arbeitsgruppe für die eingehenden Vorschläge, Hinweise und Kritiken wurde mit einer Gegenstimme und einer Stimmenthaltung angenommen.

Die Abstimmung über das Vertrauensmandat für Genossen Doz. Dr. Knorr als Mitglied des Bundesvorstandes des FDGB ergab eine Gegenstimme und fünf Stimmenthaltungen.

Sofortmaßnahmen vor Ort beraten

Am 30. Oktober und 1. November 1989 fanden die in der „UZ“ 20/89 angekündigten Koordinierungsberatungen des Rektors statt. An den Beratungen nahmen die Prorektoren für Naturwissenschaft und Technik sowie Erziehung und Ausbildung, der Sekretär der ZPL, die Stellvertreter des Vorsitzenden der UGL, der 1. Sekretär der FDJ-Kreisleitung, der Verwaltungsdirektor und der Direktor für Technik teil.

Eingangs betonte der 1. Prorektor, daß es Ziel dieser Koordinierungsberatungen ist, sich Fragestellungen erneut zuzuwenden, die das Geschehen an der Universität maßgeblich beeinflussen. Es kommt darauf an, bestimmte Probleme neu zu bewerten und unsere Kräfte neu zu ordnen. Genau gilt es zu prüfen, welche längst überfälligen Probleme aus eigener Kraft zu lösen sind.

Der Prorektor für Erziehung und Ausbildung wandte sich insbesondere den Fragen des Studiums zu. Der Politbürobeschluss zur Neugestaltung des Studiums für Ingenieure und Ökonomen bietet für die sich notwendig vollziehenden Veränderungen weiten Raum, so daß seitdem Begonnenes weitergeführt werden muß, auch wenn noch längst nicht alle damit verbundenen Fragen geklärt sind. Der Prorektor verwies z.B. auf die Rolle des marxistisch-leninistischen Grundlagenstudiums im zukünftigen Studium. Spezifische Probleme an unserer Universität erweisen sich aus der Tatsache, daß in den letzten Jahren die Zulassungszahlen ständig gestiegen sind, aber beispielsweise keine neuen Internate, aber auch keine Lehrgebäude mit dringend erforderlichen großen Hörsälen gebaut wurden. Letzgenannter Sachverhalt zwang auch zur Einführung des Zeitblocksystems, welches auch viele Probleme mit sich bringt. Wir verfügen bereits über Erfahrungen, was sich bewährt hat und was weiterhin diskussionswürdig ist.

Im weiteren Verlauf legte der Verwaltungsdirektor den momentanen Zustand und die geplanten Maßnahmen für die Universitätsstelle Wilhelm-Raabe-Straße, Elasser Straße, Erfenschlager Straße, Friedrich-Engels-Straße und die Wohnheime dar. Deutlich wurde, daß in kurzer Zeit keine grundlegenden Verbesserungen für die Arbeits-, Studien- und Lebensbedingungen für Mitarbeiter und Studenten unserer Universität realisierbar sind. Viele Maßnahmen, wofür wir Arbeitskräfte haben, scheitern an der Bereitstellung von Material (Erneuerung der sanitären Anlagen). Teilweise sind für die Beseitigung von Schäden keine Bilanzen vorhanden (Gewölbenerneuerung Raabe-Straße). Auch für bilanzierte Maßnahmen ist es teils unmöglich, einen Baubetrieb zu finden, der die Arbeiten ausführt (Dachreparatur Engels-Straße).

Alle an der Beratung Teilnehmenden waren sich einig, daß trotz aller vorhandener Probleme vor Ort genau geprüft werden muß, wo Dinge schnell und spürbar verändert werden können, um zu verhindern, daß sich die unter unseren Universitätsangehörigen schon vorhandene Resignation bezüglich der Werterhaltung weiter ausbreitet.

Es wurde festgelegt, daß in dieser Heizperiode für das Objekt Raabe-Straße keine Maurer in der Heizung eingesetzt werden, um sie für Maurerarbeiten frei zu bekommen.

Als erstes Objekt besuchten die Teilnehmer der Beratungen den Universitätsstell Raabe-Straße. Die dort arbeitenden Kollegen bestätigten den Vertrauensschwund und die Resignation unter den Kollegen, wovon aber auch auf die Bereitschaft, an der Beseitigung der Mängel mitzuwirken, und auf dabei erreichte konkrete Ergebnisse.

Festgelegt wurde, daß die notwendige Begrenzung des Kohlehaufens durch eine Mauer realisiert wird. Die Funktionspläne der Hausmeister werden überarbeitet und den derzeitigen Erfordernissen angeglichen. Die Kollegin der Pauserversorgung wird künftig nicht mehr in die Elasser Straße „ausgeborgt“. Nichtbeantwortete Reparaturträge werden überprüft. Noch defekte Dachrinnen werden gelötet. Ein hinter dem Haus befindliches Stahlgerüst wird zerlegt. Im Zimmer 46 wird der durch Wassereinbruch entstandene Schaden durch Malerarbeiten beseitigt.

Im Objekt Elasser Straße wurde die Beschäftigung mit diesem Universitätsstell begrüßt, da die Nichtbeseitigung kleinerer Schäden meist größere nach sich zieht. Einbezogen wurde in die Diskussion vor Ort auch der Hausmeister, der zum Ausdruck brachte, daß er sehr oft

schlecht informiert sei und deshalb seinen Pflichten nicht genügend nachkommen kann. Er erklärte sich auch bereit, zusätzliche Reparaturarbeiten zu übernehmen. Festgelegt wurde, daß bis zum 30. November 1989 an der Rückseite des Hauses die Dachrinnen erneuert werden.

Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Erhöhung des Gemeinkostensatzes für natur- und technikkissenschaftliche Forschungen, die sich aus den notwendigen Kooperationsbeziehungen zur Industrie ergeben. Damit könnte das Problem der steigenden Telefonkosten in einer besseren Art und Weise gelöst werden, als das bisher versucht wurde.

Zum wichtigsten Tagesordnungspunkt dieser Beratungen, den momentanen materiell-technischen Bedingungen an unserer Universität, sprach der Verwaltungsdirektor. Er verwies auf die komplizierte Verflechtung vieler Prozesse, die eine Entscheidung erschweren. Tatsache ist auch, daß der Universität in der Vergangenheit auf Grund fehlender Investitionsmittel nur der Einsatz von Werterhaltungsmitteln möglich war und selbst bei vorhandenen Bilanzen keine volle vertragliche Umsetzung erfolgen konnte. Trotzdem konnten für die vergangenen Jahre eine Reihe realisierbarer Maßnahmen aufgezeigt werden. Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Zusammenhang aber, daß entscheidende Mittel der Werterhaltung in die Wissenschaftsstrecke geflossen sind, was in Abstimmung mit übergeordneten Leitungsebenen geschah. Für die dort Beschäftigten stellen die Baumaßnahmen jedoch auch eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen dar.

Die Beseitigung des Wasserrohrbruches im Universitätsstell muß erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Zur Einrichtung einer öffentlichen Fernsprechanlage muß geprüft werden, ob durch Eigenbau eine Lösung gefunden werden kann. Im Sommer 1990 werden die Tafeln gestrichen. Malerarbeiten an Fenstern und in Seminarräumen sind ebenfalls geplant.

Eine besonders kritische Situation herrscht im Universitätsstell Engels-Straße. Durch das defekte Dach, dessen Rekonstruktion seitens der Stadt nicht realisiert wurde, werden bauliche Maßnahmen im Haus wieder zerstört. So mußte schon ein Hörsaal für die Benutzung zeitweilig gesperrt werden. Auch die Gewährleistung ordnungsgemäßer Baumtemperaturen ist durch das defekte Dach im Obergeschoß gefährdet. Für das Jahr 1990 sind für die notwendige Reparatur wiederum Bilanzen vorhanden. Das Problem besteht darin, einen Betrieb zu finden, der die Reparatur ausführt.

Die Rekonstruktion der Wasserversorgung beginnt im Dezember 1989.

Ein dringendes Problem besteht in der Veränderung der Mittagesseneinnahme. Der zur Verfügung stehende Platz ist zu gering. Gemeinsam mit den Sportlehrern ist zu prüfen, ob dafür ein zusätzlicher Raum gewonnen werden kann.

Die Beratung in den Wohnheimen, an der die Vorsitzenden der Wohnheimkomitees und die Hausmeister teilnahmen, begann mit der Besichtigung der grundlegendsten Mängel in den Internaten. Vor Ort wurde der Zustand der Duschräume, der Küchen und der Decken- und Wandrinnen in den Zimmern in Augenschein genommen. In dem danach stattfindenden Gespräch schilderte der Verwaltungsdirektor den erreichten Stand der Reparaturen und die vorgesehenen Maßnahmen. Deutlich wurde, daß die durchgeführten Reparaturleistungen nicht mit einer Erhöhung der Qualität der Wohnheime verbunden waren. Angekündigt wurde auch, daß gegen auftretender Zertalberrechnungen, z.B. an den Söhlbänken und in den Duschräumen, ein Gutachten der Bauaufsicht zur Gebäudesicherheit angefordert wird. Schwerpunkte der nachfolgenden Diskussion waren die Bildung von studentischen Reparaturbrigaden und deren Aufgaben sowie das Problem des Tauchsiederverbotes in den Internaten. Die bisher in den Internaten Vetterstraße 52/54 installierten Kochendwasserbereiter sind auf Grund ihrer geringen Kapazität kein Ersatz. Aus diesem Grund wird ein Brief an den zuständigen Staatssekretär gesandt mit einer detaillierten Schilderung der Situation und der Bitte, die Anweisung noch einmal auszusetzen und insgesamt neu zu durchdenken.

Die „UZ“ wird sich in angemessener Zeit vor Ort von der Realisierung getroffener Entscheidungen überzeugen.



Kollegin Ketzcher (AI) sprach in Vertretung ihres Vertrauensmannes.

Tagessordnung verändert. Der Vorsitzende der UGL, Genosse Doz. Dr. Henry Knorr, berichtete eingangs über den Verlauf und die Ergebnisse der Sitzung des FDGB-Bundesvorstandes am 30. Oktober 1989. Er brachte zum Ausdruck, daß diese Sitzung vom Präsidium des Bundesvorstandes ungenügend vorbereitet war. Eine notwendige Unterbrechung der Sitzung und Fortführung der Sitzung am nächsten Tag war nicht möglich, so daß diese vertagt wurde. Genosse Dr. Knorr informierte darüber, daß er bei der Abstimmung der Vertrauensfrage für Harry Tisch dagegen gestimmt hätte.

Zwei Fragen

(notiert in der Vertrauensleutevollversammlung am 1. November 1989)

Für das Betreiben der Heizungsanlage im Universitätsstell Wilhelm-Raabe-Straße war der Einsatz von drei Mauren unserer Universität vorgesehen. Diese sollen dort abgelöst werden, um Aufgaben der Werterhaltung zu erfüllen.

WER KANN HELFEN?

Am 18. Oktober 1989 fehlten für ausgegebenes Essen Marken im Wert von 375,30 Mark an den Essenshaltern der Mensa Reichenhainer Straße. Dafür waren teilweise alte Fahrscheine, Garderobenmarken u. a. vorhanden. MUSS SO ETWAS SEIN?